

Walliser Bräue

Briger Anzeiger

Heute: Auflage 20000

Redaktion: ☎ 028 3 25 31
 Administration: ☎ 028 3 41 22
 Mengis Annoncen, Brig: ☎ 028 3 41 22
 Auflage: 14 618 Exemplare
 (begl. am 14. Februar 1973 vom FRP)

Abonnementspreise: 1 Monat Fr. 9.—,
 3 Monate Fr. 20.—, 6 Monate Fr. 35.—,
 12 Monate Fr. 64.—, Ausland: 6 Monate
 Fr. 46.—, 12 Monate Fr. 78.—.

25 Jahre Swissaid

100 Millionen für Hilfe am Mitmenschen

Bern. — Die Swissaid — eine religiös und politisch neutrale Dachorganisation der wichtigsten im Ausland tätigen Hilfswerke der Schweiz — hat am Dienstag aus Anlass ihres 25jährigen Bestehens an einer Pressekonferenz in Bern über ihre bisherige Tätigkeit und Pläne berichtet. Mit dem Jubiläum ist eine «Wachablösung» verbunden: Zum neuen Präsidenten wählte die Mitgliederversammlung am Vortag Professor Rudolf von Albertini, Ordinarius für moderne Geschichte an der Universität Zürich. Er ist Nachfolger von Dr. Walter Stutzer, der das Amt während acht Jahren innehatte.

Enge Zusammenarbeit mit dem Bund

Hauptaufgabe der Swissaid ist es, die Arbeit ihrer Mitglieder auf dem Sektor der Entwicklungshilfe zu koordinieren und für eine Abstimmung mit dem Dienst für technische Zusammenarbeit des Bundes zu sorgen. Das enge Nebeneinander von staatlicher und privater Hilfstätigkeit wurde denn auch von Botschafter S. Marcuard, Delegierter des Bundesrates für technische Zusammenarbeit, unterstrichen, der erklärte, die privaten Organisationen hätten dem Bund oftmals den Weg geebnet.

Die Swissaid hat im Jahre 1948 die halbamtliche Schweizer Spende der Kriegszeit abgelöst. Zunächst betätigte sie sich unter dem Namen Schweizer Europahilfe in der Flüchtlingshilfe und am Wiederaufbau in Europa. Immer mehr konzentrierte sich aber ihre Tätigkeit auf eigentliche Entwicklungshilfe.

Lehrer und Umweltschutz

Lausanne. — Die Erziehungsdirektion des Kantons Waadt geht neue Wege in der Erziehung zum Umweltschutz. Dem zoologischen Museum von Lausanne wurde die Organisation eines Ausbildungskurses anvertraut, an dem mehr als dreihundert Lehrer teilnehmen wollten. Aus Platzgründen konnten jedoch lediglich hundert Interessenten berücksichtigt werden. Weitere Kurse sind deshalb bereits in Aussicht gestellt worden.

Den Lehrkräften wird insbesondere die Möglichkeit geboten, sich über die Oekologie, das natürliche Gleichgewicht, Nahrungsketten, Umwelterhaltung, Gesetzgebung, Kampf gegen die Umweltverschmutzung, Raumplanung und Landschaftsschutz orientieren zu lassen. Als Kursleiter konnte eine Wissenschaftsreife der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten des Bundes in Lausanne und Liebefeld gewonnen werden, die eng mit Vertretern des Amtes für Städteplanung, des zoologischen Museums, des botanischen Institutes, des Institutes für Oekologie unter der Leitung von Jacques Piccard sowie der Behörden zusammenarbeiten werden.

54. Lausanner Messe

Oeffnung zur Welt und Entwicklungshilfe

Lausanne. — Das 54. Comptoir Suisse, die traditionelle Herbstmesse in Lausanne, wird vom 8. bis 23. September im Palais de Beaulieu durchgeführt. Mehr als 2500 schweizerische Aussteller werden erwartet, die neben Produkten «Made in Switzerland» auch eine Auswahl ausländischer Artikel präsentieren werden.

Das Messeangebot erstreckt sich auf Güter der Leichtindustrie, der Landwirtschaft, des Handwerks sowie des Handels. Als Neuerung ist eine Spezialschau der Landwirtschaft vorgesehen, die dem Thema einer gesunden Ernährung und einer geschützten Umwelt gewidmet ist. Bereichert wird diese Ausstellung durch einen malerischen gedeckten Markt, die beide unter dem Patronat der waadtländischen Departemente der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels sowie der Eidgenössischen Alkoholverwaltung stehen.

In einem neuen Sektor wird ferner den Verantwortlichen gemeindeeigener Ausrüstungen die Möglichkeit geboten, über den modern-

Entsprechend nannte sie sich ab 1956 Schweizer Auslandhilfe und seit 1967 Swissaid, da sich immer wieder Verwechslungen mit der Auslandschweizerhilfe ergeben hatten.

Die Aktionsgebiete

In 25 Jahren standen der Swissaid etwa 100 Millionen Franken zur Verfügung, von denen der Bund ein Drittel beigesteuert hat. Sie führt einerseits selber Projekte in den Entwicklungsländern durch, andererseits trägt sie gemeinsam geprüfte und beschlossene Entwicklungsprojekte ihrer Mitgliederorganisationen mit. 49 Prozent der Aktionsmittel wurden — vor allem in den ersten Jahren nach dem Krieg — in Europa ausgegeben, 21 Prozent in Asien, 16 Prozent in Afrika und 14 Prozent in Lateinamerika. 11,8 Prozent der gesamten Einnahmen wurden für Information, Mittelbeschaffung und Verwaltung aufgewendet.

Bundespräsident Bonvin zur Bundesfeierspende

Bern. — In seinem Aufruf zur Bundesfeierspende 1973 betont Bundespräsident Roger Bonvin, die Betreuung unseres kulturellen Erbes gehöre mit zur Erhaltung helvetischer Eigenart — gerade heute, wo der Austausch auf internationaler Ebene zwangsläufig voranschreite. Sie helfe wirksam im Kampfe gegen eine rein materialistische Vorstellung des nationalen Wohlstandes. «Der Bundesrat weiss, dass das Schweizervolk diese Ueberzeugung mit ihm teilt und ihr durch den Kauf der Pro-Patria-Marken sichtbaren Ausdruck verleihen wird», erklärt Bonvin weiter. Gestern Dienstag begann der Verkauf der Pro-Patria-Marken.

Der Erlös der diesjährigen Bundesfeierspende ist «für kulturelle Zwecke» bestimmt. Einen wesentlichen Anteil der Erträge erhält die Schweizerische geisteswissenschaftliche Gesellschaft und die ihr angeschlossenen Mitgliederorganisationen. Bundespräsident Bonvin unterstreicht: «Die für den geistigen Bestand der Eidgenossenschaft wirkenden Institutionen könnten ohne die Mitwirkung aller ihre Aufgabe nicht erfüllen.»

Die traditionelle Vierermarkenserie stellt wiederum archäologische Fundgegenstände aus der Schweiz dar, einen gallischen Krug aus der spätkeltischen Epoche, einen Gallierkopf aus der Römerzeit, gefunden im 13. Jahrhundert in Prilly bei Lausanne, zwei Fischfibeln aus dem Frühmittelalter und eine Goldschale aus der Hallstattzeit.

Monarchie auf schwachen Füßen

Athen. — Nach Ansicht der Athener Zeitungen «Akropolis» (regierungsfeindlich) und «To Vima» (liberal) steht die Abschaffung der Monarchie in Griechenland durch einen revolutionären Akt des gegenwärtigen Regimes als Folge der gescheiterten Verschwörung in der griechischen Marine bevor. Die Zeitungen stützten sich in ihrer Dienstagausgabe auf politische Kreise und «gute Quellen», die offenbar der Regierung nahestehen.

Die «Akropolis» berichtete, wenn auch mit Vorbehalten, mit der Ausrufung der Republik durch die Revolutionsregierung werde die Ernennung eines vorläufigen Präsidenten verbunden sein. Gleichzeitig solle der Zeitpunkt der Wahl des ersten Präsidenten der Republik bekanntgegeben werden.

«To Vima» schrieb: «Nach Ansicht politischer Kreise, die einen

Akt der Regierung zur Abschaffung der Monarchie voraussehen, muss dieser Akt bald, spätestens bis Ende 1973, erwartet werden.» Das Volk werde später aufgefordert, die neue Verfassung der Präsidialdemokratie in einer Volksabstimmung zu billigen. Politische Kreise seien der Ansicht, die Bereinigung der Königsfrage sei die Grundvoraussetzung für jede politische Entwicklung in Griechenland.

„Velos“-Aufständische in Schwierigkeiten?

Rom. — Zwischen den 31 Meuterern, die den griechischen Zerstörer «Velos» verlassen und um politisches Asyl gebeten haben, und den Römer Behörden sind offenbar Spannungen entstanden: Kapitän Pappas, der die Rebellion gegen das Athener Regime leitete, wurde nach seiner Pressekonferenz von italienischer Seite angewiesen, vor Journalisten keine Erklärungen mehr abzugeben.

Wer fortan zu ihm will, braucht eine schriftliche Genehmigung der zuständigen Behörde.

den «Velos»-Zwischenfall alles andere als glücklich waren.

Israel: gemeinsamer Feind

Addis Abeba. — Die afrikanischen Staatschefs haben am Dienstag an ihrer Gipfelkonferenz in Addis Abeba eine Resolution angenommen, in der die afrikanischen Staaten zu kollektiven und individuellen politischen oder wirtschaftlichen Massnahmen gegen Israel aufgefordert werden. Diese Massnahmen seien notwendig, wenn sich Israel weiterhin weigere, die besetzten arabischen Gebiete zu räumen.



Mit einer Su-7 in den Westen

Ein sowjetisches Militärflugzeug vom Typ Suchoi Su-7 ist am Sonntag bei Braunschweig, 40 Kilometer innerhalb der Bundesrepublik abgestürzt, wobei der Pilot sich mit dem Schleudersitz retten konnte. Der russische Luftwaffenleutnant ist absichtlich in den Westen geflogen, um in der Bundesrepublik um politisches Asyl nachzusuchen. Unser Bild zeigt die streng bewachte Absturzstelle am Stadtrand von Braunschweig.

Zeugenaussagen belasten Nixon

Washington. — Die Bundesanwälte sollen in der Watergate-Untersuchung so viele Zeugenaussagen gegen Präsident Nixon erhalten haben, dass ein Erscheinen des Präsidenten vor einer Anklagekammer gerechtfertigt wäre. Die «Washington Post» schreibt in ihrer Dienstagausgabe, sich auf der Regierung nahestehende Quellen berufend, dass es die Bundesanwälte für fraglich halten, dass die höchsten Beamten des Weissen Hauses einen Versuch, den Skandal zu ver-

heimlichen, ohne Wissen des Präsidenten unternehmen könnten.

Der Sprecher des Weissen Hauses, Ziegler, reagierte auf die Veröffentlichung, indem er den Bundesanwälten Verletzung des Berufsgeheimnisses und Amtsmissbrauch vorwarf. Er werde sofort von Justizminister Richardson und dem Obersten Watergate-Ankläger Cox eine Untersuchung der Umstände, unter denen die belastenden Zeugenaussagen gegen Nixon gemacht wurden, verlangen.

WBHEUTE

- Synode 72 in der Bewährung
- Wirtverband tagt in Sitten
- NATO vermittelt im Fischerei-Konflikt
- Blutspendeaktion im Oberwallis
- Heute abend: Ajax - Juventus
- Michaud geht - kommt Hüsey?
- Eishockey-Bombe aus Schweden

Fremdarbeiter

ch) Der Entwurf zur neuen Fremdarbeiterregelung, wie ihn der Bundesrat am letzten Montag den Kantonen und Wirtschaftsverbänden zur Vernehmlassung unterbreitet hat, birgt genügend Diskussionsstoff, um die Gemüter zu erregen.

Das Problem ist sehr komplex. Für den mit der Materie nicht Bewanderten, ist es schwer, zwischen Jahresaufenthalter, Niedergelassenem, unechtem Saisonnier und echtem, sowie Grenzgänger zu unterscheiden. Tatsache ist, dass der Bundesrat mit seiner Stabilisierungspolitik, die vor etwa drei Jahren einsetzte, Ernst machen will und dass er bis heute kleinere Erfolge zu verzeichnen hat. Tatsache ist aber auch, dass er in der Vergangenheit das Problem der Saisonarbeiter zu large handhabte, so dass die Zahl dieser Arbeitskräfte von 152 000 im Jahre 1970 auf 196 000 im Jahre 1972 gestiegen ist. Und weil Saisonniers nach einer gewissen Anzahl Jahre (5), wenn ihre jährliche Arbeitszeit in der Schweiz 9 und mehr Monate dauert, das Recht auf Umwandlung in Jahresaufenthalter haben, droht die ganze Stabilisierungspolitik ins Wanken zu geraten. Deshalb die neue Herabsetzung des Kontingentes von erstmals einreisenden Jahresaufenthaltern und die Erfassung der Saisonarbeiter bei der Einreise. Diese Bemühungen sind anzuerkennen.

Interessant sind nun die Reaktionen. Für die Republikanische Partei unter James Schwarzenbach ist die Regelung bloss Vorspiegelung eines Stabilisierungswillens. Diese Stellungnahme ist nicht verwunderlich. Seine bisherige Politik zeigt ja, dass er die Schweiz am liebsten von allen Fremdarbeitern frei halten möchte. Wer dann dem Wohlstandsschweizer die Schwer- und Schmutzarbeit machen wird, dafür dürfte man von ihm gelegentlich ein Rezept erwarten. Zu hart und zu restriktiv sind die Massnahmen andererseits für die Hotellerie und das Gewerbe überhaupt. So wenigstens legen es führende Kreise dieser Sektoren dar. Bei allem Verständnis für die Situation dieser Branchen muss aber wohl dargelegt werden, dass die Lösung auf lange Sicht auch hier kaum bei der zusätzlichen Anwerbung von Fremdarbeitern liegen kann. Sie muss über eine noch bessere Rationalisierung und attraktivere Arbeitsangebote gehen. Andere Stellungnahmen liegen in der Mitte zwischen diesen beiden Extremen, etwa die von grösseren Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Sie taxieren diese Massnahmen als notwendig, wenn auch hart.

Voll unterstreichen möchten wir die zusätzliche Äusserung des Sprechers des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes, Dr. Casetti, den bei uns lebenden ausländischen Arbeitskräften mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit entgegenzubringen. Wären wir so weit, stände über dem Titel dieser Betrachtung «Gastarbeiter» statt «Fremdarbeiter».